

XXIII. GP.-NR

3957 IJ

27. März 2008

A N F R A G E

des Abgeordneten Dr. Martin Graf
und anderer Abgeordneter
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

betreffend des Institutes für Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung
an der Alpen-Adria-Universität in Klagenfurt.

Ein Artikel des Institutsvorstandes Hans Pechar in der Wiener Zeitung vom 4. März 2008 (siehe Beilage) lässt den Schluss zu, dass diesem parteipolitische Agitation weit wichtiger zu sein scheint als wissenschaftliche Arbeit bzw. Forschung.

Offensichtlich hegt der Institutsvorstand Hans Pechar eine tiefe Abneigung gegen politisch Andersdenkende; siehe z. B. nachstehendes Zitat: „Mit solchen Unappetitlichkeiten müssen sich die österreichischen Universitätsräte nun nicht mehr herumschlagen“. Pechar meint damit in seinem Gastkommentar jene Universitätsräte, die nach der letzten fünfjährigen Funktionsperiode nicht wieder zum Universitätsrat bestellt wurden und seiner Meinung nach eine politische Zuordnung zu den Freiheitlichen haben.

Mit der Vorgehensweise des Herrn Pechar in der Öffentlichkeit agiert er ungeprüft und oberflächlich, keinem wissenschaftlichen Gebot folgend, wie ein Parteipolitiker. Daher muss er sich gefallen lassen parteipolitisch kritisiert zu werden.

Unterzieht man die Lehr- und Forschungsprojekte des Institutes für Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung einer näheren Betrachtung so wird man nicht umhin können festzustellen, dass auch diese eindeutig politisch linksextrem eingefärbt sind. Es ist nicht einzusehen, dass ein „wissenschaftliches“ Institut und seine Führung, welches Steuergelder aus dem Budget der Republik Österreich erhält, unterschwellig parteipolitische Agitation betreibt. Abgesehen davon kursieren seit langem Gerüchte, dass bei der Aufnahme von Mitarbeitern an besagtem Institut parteipolitisch entschieden wird.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung nachstehende

Anfrage:

1. Welche Erfolgskriterien gelten für das Institut für Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung an der Alpen-Adria-Universität in Klagenfurt?
2. Welche wissenschaftlichen Leistungen hat das Institut in den Jahren 2000-2007 zustande gebracht?

3. Wie hoch belieben sich die Drittmittel, welche das Institut in den Jahren 2000 bis 2008 eingeworben hat?
 4. Wie hoch belieben sich die Gelder, welche seit dem UG 2002 aus Drittmitteln dem Institut zugeteilt wurden?
 5. Wie wurden bzw. werden diese verwendet?
 6. Gibt es außer dem Institut für Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung noch weitere Institute an der Alpen-Adria-Universität in Klagenfurt, die sich hauptsächlich parteipolitisch betätigen?
 7. Entspricht es den Tatsachen, dass ausnahmslos nur Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem linken bishin zum linksextremen politischen Spektrum am Institut für Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung an der Alpen-Adria-Universität in Klagenfurt tätig werden können?
 8. Wurden die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, welche in den letzten 10 Jahren an diesem Institut aufgenommen wurden, gemäß den Kriterien Ausschreibung, Bewerbung und Berufung aufgenommen?
 9. Wurden auch Personen unter Außerachtlassung dieser Kriterien aufgenommen?
10. Wenn ja, wie viele und warum?
11. Sind Ihnen Fälle bekannt, dass bei Aufnahme von Mitarbeitern am Institut für Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung parteipolitische Motivationen eine positive bzw. negative Entscheidung beeinflusst haben?
 12. Wenn ja, welche?
 13. Auf welchem Wege wurde Hans Pechar zum Institutsvorstand bestellt?
 14. Hat Hans Pechar habilitiert?
 15. Wenn ja, zu welchem Thema?
 16. Welche und wie viele Personen haben sich in den letzten 10 Jahren am Institut für Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung habilitiert?
 17. Zu welchen Themen?
 18. Wie viele Studenten waren in den letzten 10 Jahren am Institut für Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung inskribiert?
 19. Wie viele sind zu Prüfungen angetreten?
 20. Wie viele davon waren positiv?

21. Wie viele Institute gibt es an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt?
22. Wie ist das Budget für diese Institute aufgeschlüsselt (in Prozent und absoluten Zahlen)?
23. Haben Sie bei der Auswahl der neu bestellten Universitätsräte das DÖW (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes) zu Rate gezogen?
24. Wenn ja, warum?
25. Wenn nein, warum nicht?

H. Klaus
Otto W.
W. Schmid
G. G.
Wien am
27. MRZ. 2008

Gastkommentar von Hans Pechar

Universitätsräte ohne Schmiss

Die gute Nachricht zuerst: Die neuen Universitätsräte sind schmissfrei. Die Namensliste für die Aufsichtsorgane der österreichischen Universitäten enthält keine Personen, denen das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands einen rechtsradikalen Hintergrund attestiert.

Man würde das gerne für eine Selbstverständlichkeit halten. Ist es aber nicht. Vor fünf Jahren, bei der Nominierung für die erste Funktionsperiode der Universitätsräte, hat die damalige Bildungsministerin dem Machtstreben ihres völkisch gesinnten Koalitionspartners nur allzu bereitwillig nachgegeben.

Eine kleine Kostprobe der üblichen Folgen: ein Universitätsrat, der sich nach einer Schlägerei einem Prozess nur durch außergerichtliche Schadensgutmachung entziehen konnte; und einer, der vorzeitig seiner Funktion enthoben wurde, nachdem er am Grab eines nationalsozialistischen Offiziers einen Kranz niedergelegt hatte. Mit solchen Unappetitlichkeiten müssen sich die österreichischen Universitäten nun nicht mehr herumschlagen.

Dass die FPÖ nun von einer Säuberungsaktion spricht, verwundert nicht. Aber auch die Industriellenvereinigung bezweifelt, dass die Nominierten "ausschließlich nach Kompetenz und Erfahrung" ausgewählt worden seien. Gemeint ist die politische Entscheidung, für Geschlechterbalance zu sorgen und mehr Frauen als Männer in die Universitätsräte zu entsenden. Wo war der Aufschrei der Industriellenvereinigung vor fünf Jahren, als die Bundesregierung Personen bestellte, die dem Ansehen dieser wichtigen Organe nachweislich Schaden zugefügt haben?

Gewiss ist es eine frauenpolitische Trotzreaktion, wenn die Bildungsministerin ausschließlich weibliche Mitglieder nominiert. Aber provoziert wurde diese Reaktion durch die gendermäßige Einäugigkeit vieler akademischer Senate, die noch immer nicht begriffen haben, dass Geschlechtergerechtigkeit ein zentrales Thema der Hochschulpolitik ist.

Eine Schwachstelle im derzeitigen Universitätsgesetz haben die Nominierungsprozesse sowohl der Rektorate wie der Universitätsräte aufgedeckt: Es besteht die Gefahr, dass Kandidaten schon während des Besetzungsverfahrens beschädigt werden. Das sollte möglichst rasch repariert werden. Hochkarätige Anwärter für diese Ämter könnten in Zukunft gar nicht zur Verfügung stehen, wenn es eine wochenlange öffentliche Diskussion darüber gibt, ob sie's nun werden oder nicht.

Organe öffentlicher Organisationen sind öffentlich rechenschaftspflichtig. Aber ihre Rekrutierung sollte – so wie auch bei anderen Unternehmen üblich – diskret und nicht in Form eines potenziell reputationsschädigenden Spektakels erfolgen.

Hans Pechar leitet das Institut für "Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung" an der Universität Klagenfurt.

Dienstag, 04. März 2008

